



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Ehrenamt,
Bürgerbeteiligung und Sport -

Bereich Ehrenamt und Bürgerbeteiligung: Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 2. Dezember 2021

Vorlagen-Nr. 21-F-63-0026

Bürger*innen über städtische Ausgaben mitentscheiden lassen und Raum für eigene Ideen geben
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 24.11.2021 -
- Überweisung aus dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen am 24.11.2021 -
- **Neuer Antragstext der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 02.12.2021 -**

Der Ausschuss möge beschließen,

die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen

Wiesbaden soll die Vorbereitungen ergreifen, um ab dem Jahr 2024 Bürger*innenbudget oder einen Bürger*innenhaushalt etablieren zu können.

Der Magistrat wird gebeten,

1. die positiven und negativen Erfahrungen aus dem nun mehr als 10 Jahre zurückliegenden Versuch eines Bürgerhaushaltes nochmals darzulegen, um Fehler der Vergangenheit zu vermeiden.
2. Zu prüfen und zu berichten, wie die Wiedereinführung eines Bürger*innenhaushaltes oder eines Bürger*innenbudgets zum Haushalt 2024/25 umgesetzt werden kann. Hierbei sollen beide Formen der partizipativen Budgetplanung betrachtet und im Hinblick auf ihre Umsetzbarkeit die jeweiligen Vor- und Nachteile sowie die Ansprüche von Bürgerinnen und Bürgern geprüft werden. In die Gesamtbetrachtung soll auch der Umstand mit einfließen, dass Wiesbaden über eine umfangreiche Finanzierung der Ortsbeiräte verfügt, die in eigener Kompetenz Finanzanträge entscheiden können.
3. Zu prüfen und zu berichten, wie die Umsetzung eines Bürger*innenhaushaltes oder eines Bürger*innenbudgets beispielsweise an eine überarbeitete Dein.Wiesbaden.de-Plattform angegliedert werden kann.
4. Nach besonders vorbildlichen und gut funktionierenden Projekten in Deutschland und Europa zu recherchieren (beispielsweise "My Neighborhood" aus Reykjavik)¹ und Kontakt aufzunehmen, um eine Übertragung auf die Landeshauptstadt Wiesbaden zu überprüfen.
5. bei der Konzepterstellung insbesondere auf die Aktivierung und Beteiligung von gesellschaftlichen Gruppen zu achten, die sich über klassische Kommunikationswege nicht oder nur schlecht erreichen lassen.

Beschluss Nr. 0092

¹ <https://living-in.eu/groups/solutions/citizen-card>

Der Antrag wird angenommen.

Tagesordnung II

Wiesbaden, .12.2021

David
Vorsitzender